„Geiz ist schlimm, Gemeinwohl ist geil!“

Christian Felber Der Erfinder der Gemeinwohl-Ökonomie hat sein alternatives Wirtschaftsmodell in Schwäbisch Hall vorgestellt – und zuvor dem HOHENLOHER TAGBLATT Rede und Antwort gestanden. Ein Gespräch über Donald Trump, die Poesie des Grundgesetzes und ethischen Strukturwandel. *Von Sebastian Unbehauen*

Kooperation statt Konkurrenz: Der Österreicher Christian Felber will die Marktwirtschaft nicht abschaffen, aber vollkommen umkrempeln. *Fotos: Daniela Knipper*

Er will eine andere Art des Wirtschaftens, zunächst einmal tut's nach einer langen Zugfahrt aber auch ein Stück Kuchen: Christian Felber ist an diesem Tag Ende April gerade in Hall angekommen, am Abend spricht er bei der Tagung „Ökonomie und Ethik: Gemeinwohl-Orientierung – visionäre Realität“. Davor steht ein Kaffeeplausch mit dem HT im Terminkalender des Vielbeschäftigten. Felbers Ideen klingen revolutionär, er hat aber schon äußerlich ganz und gar nichts Che-Guevara-Haftes an sich. Der Wiener wirkt wie das, was er ist: Autor und Universitätslektor. Auch die Verbissenheit vieler selbst ernannter Weltverbesserer haftet ihm nicht an. Die Kellnerin fragt, ob alles in Ordnung sei. Felbers Antwort: „Noch ein halbes Kilo Gemeinwohl, bitte.“ Ist leider nicht im Angebot, dafür gibt's ein Lächeln.

> „Trump? Der logische Preis, den wir für eine jahrzehntelange doppelte Ausgrenzungspolitik bezahlen.

Herr Felber, erinnern Sie sich an den Moment, als Sie realisierten, dass Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt worden ist?

Christian Felber: Ich war sehr ruhig und habe gedacht: Das ist der logische Preis, den wir für eine jahrzehntelange doppelte Ausgrenzungspolitik bezahlen. Große Minderheiten, manchmal sogar Mehrheiten, wurden und werden von der demokratischen Mitbestimmung und von der Teilhabe am Wohlstand ausgeschlossen.

Wie meinen Sie das?

Wir haben kein inklusives Wirtschafts- und Politikmodell, das das größtmögliche Wohl aller anstrebt, sondern eines, das mächtige Minderheiteninteressen vorrangig bedient – zum Teil auf Kosten der Mehrheit. Populismus, Brexit, Trump, Terrorismus: Das sind die Folgen des globalisierten Kapitalismus.

Ein Globalisierungskritiker im Weißen Haus müsste Ihnen als Attac-Aktivist doch eigentlich gefallen.

Trump ist zwar Globalisierungskritiker, allerdings mit nationalistischen Motiven. Und das unterscheidet uns wie Tag und Nacht.

Die Finanzkrise hat sicherlich zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust des kapitalistischen Systems geführt. Aber profitiert haben nicht die Felbers dieser Welt, sondern eben die Trumps, Le Pens und Höckes. Frustriert Sie das nicht?

Unsere Bewegung hat großen Zulauf. Ich weiß nicht, was ich zuerst machen soll: Soll ich mich zuerst den Unternehmen oder den Universitäten oder den Kommunen zuwenden, die die Gemeinwohl-Ökonomie unterstützen wollen? Ich habe ungefähr dreimal so viel zu tun, wie ich Zeit habe. Die Populisten versuchen, das verloren gegangene Grundvertrauen in das demokratische Gemeinwesen und in die liberale Wertegemeinschaft als Kanonenfutter zu nutzen. Wir versuchen – bildlich gesprochen – Land aufzubauen, betretbares, tragfähiges Land, mit vielen fruchtbaren Pflanzen.

Konkret: Sie wollen eine Gemeinwohl-Ökonomie. Was ist für Sie Gemeinwohl?

Die Bedeutung des Gemeinwohlbegriffs kann – da unterscheidet er sich nicht von Freiheit oder Gerechtigkeit – nur über einen möglichst demokratischen Prozess gefunden werden. Das Einzige, was für mich persönlich feststeht: dass es um das Wohl aller Menschen und Lebewesen geht, dass das ganze Leben heilig ist, nicht nur ein Mensch oder eine Minderheit oder eine Spezies. Es geht um die gleichen Rechte für alle. Der Kern des Liberalen ist, dass Freiheiten dort begrenzt werden müssen, wo die gleiche Freiheit aller bedroht wird durch die exzessive Freiheit der einen. Das ist, würde ich sagen, der Kristallisationskern jeder Gemeinwohl-Definition. Genauere Festlegungen müssen auf demokratische, partizipative Weise erfolgen.

Über Konvente?

Es kann auch ein Gemeinderat beschließen, was er unter Gemeinwohl versteht. Der Bundestag oder das Europäische Parlament oder der Europäische Rat können es auch machen. Aber ich denke, das allergrundlegendste Fundament der Demokratie sollte von der höchsten Instanz, vom Souverän, definiert werden. Und dazu eignen sich Prozesse, die die gesamte Bevölkerung einbinden. Einer, den nicht wir erfunden haben, sondern den es schon immer gibt, ist der Konvent. „Convenire“ heißt ja nichts anderes als „zusammenkommen“ – um die Grundsatzfragen des Zusammenlebens zu besprechen und dann auch darüber zu entscheiden.

Und was dort entschieden wird, steht dann neben der Verfassung?

In der Verfassung. Der Gemeinwohlbegriff ist ja nicht nur ein ethisch-philosophischer, sondern auch ein verfassungsjuristischer. Er zieht sich heute schon durch zahlreiche Verfassungen demokratischer Staaten. Um das Ganze konkreter zu machen: Das Grundgesetz ist ein wunderbarer, zum Teil

Starker Typ: Wenn Christian Felber gerade mal nicht die Welt rettet, ist er leidenschaftlicher Performance-Tänzer. *Foto: www.uschioswald.at*

sogar poetischer Text. Ich bin sehr stolz auf das Grundgesetz, obwohl ich nicht Deutscher bin. Da stehen in Artikel 14 zwei Sätze, die ich genauso stehen lassen würde: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wunderbar. Aber nicht präzise genug. Mein Vorschlag für einen dritten Satz: „Deshalb sollen alle Unternehmen – und je größer desto vorrangiger – eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen müssen.“ Und vierter Satz: „Je nach Ergebnis der Gemeinwohl-Bilanz werden diese Unternehmen mit rechtlichen Anreizen besser oder schlechter gestellt.“ Ich erhoffe mir von Konventen, dass der Geist, der bereits in Verfassungen steckt, präzisiert und damit im Alltag wirksam wird.

Die heutige Realität widerspricht aus Ihrer Sicht dem Geist des Grundgesetzes?

Ja.

Wie würden Sie jemandem, der nichts über unser Wirtschaftssystem weiß, erklären, wie es funktioniert?

Der Unethischere hat einen Wettbewerbsvorteil. Wenn ein Unternehmen die Grundwerte des demokratischen Gemeinwesens missachtet, hat es geringere Kosten. Das ist ein Anreiz, sich asozial und rücksichtslos zu verhalten. Deshalb grassieren in der Wirtschaft menschliche Schwächen, von Egoismus über Gier bis Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit. Das ist eine unintelligente Wirtschaftsordnung, die ethisch auf dem Kopf steht. Geiz ist geil, heißt es da. Ich sage: Geiz ist schlimm, Gemeinwohl ist geil!

Also: Geiz bestrafen, Gemeinwohl-Orientierung belohnen?

Genau. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, in dem der, der sich rücksichtsvoll, verantwortungsvoll, kooperativ, demokratisch, solidarisch und nachhaltig verhält, es leichter hat als der, der sich unethisch verhält. Ich denke da beispielsweise an niedrigere Steuern oder Zölle, an günstigere Finanzierungskonditionen bei Banken und Börsen oder Vorrang im öffentlichen Einkauf. Es wäre die Umkehrung einer Perversion, die darin besteht, dass profitorientierte und rücksichtslose Unternehmen es leichter haben als ethisch handelnde, und dass Konzerne unendlich groß und mächtig werden und unendlich viele Beteiligungen halten dürfen.

Die Politik sollte also aus Ihrer Sicht ab einer bestimmten Unternehmensgröße zum Schnitt ansetzen?

Besser ist, von vornherein einen Deckel zu definieren. Unternehmen sind politische Konstrukte. Sie werden von der Politik erschaffen, sie sind juristische Personen, die nicht aus der Natur kommen, sondern aus dem Rechtsstaat. Und jedes Recht, das ein Unternehmen genießt – dass es zum Beispiel auch nur einen Cent verdienen darf – ist ein von der Politik verliehenes Recht. Unternehmen müssten, wenn es nach mir geht, erstens alle Beteiligungen offenlegen, dürften zweitens nur eine maximale Zahl von Beteiligungen halten und drittens eine bestimmte Umsatzschwelle nicht überschreiten. Sonst gibt's die Zellteilung.

Wie müsste man sich das praktisch vorstellen?

So geschmeidig wie möglich. Ein Unternehmen hat mit zunehmender Größe eine wachsende Wirkung auf die Gesellschaft, es muss also im Umkehrschluss der Gesellschaft wachsende Mitsprache einräumen. Das heißt: Es muss Entscheidungsmacht und Eigentumsmacht zu streuen beginnen. Die Unternehmer und Gründer haben die vollkommene Freiheit: Ist es ihnen wichtiger, die vollständige Kontrolle über das Unternehmen zu behalten und dafür klein zu bleiben? Oder ist ihnen die persönliche Machtkonzentration nicht so wichtig, und wollen sie stattdessen, dass das Unternehmen wächst, weil sie glauben, dass es der Menschheit dann mehr Gutes bringt?

Wir befinden uns hier in einer Region, die sich für ihre Weltmarktführer rühmt. Aus Ihrer Sicht kein Grund, stolz zu sein?

Weltmarktführer? Nein. Erster oder Bester oder Größter zu sein, sollte kein Grund für Stolz sein. Anlass zum Stolz ist, dass man ein sinnvolles Produkt von höchster Qualität unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und mit maximaler Gemeinwohl-Wirkung erzeugt. Wettbewerb ist kein Kulturwert, sondern eine menschliche Schwäche, die man tolerieren kann, aber nicht fördern sollte.

Wollen Sie deshalb auch die Börsen abschaffen?

Ich schlage *andere* Börsen vor: Zentralistische, kapitalistische Börsen mit Weltkonzernen, die viel zu groß – „too big to fail“ – sind, sind eine Fehleinrichtung. Aber eine regionale Gemeinwohl-Börse ist eine fantastische Möglichkeit, um eine Kurskorrektur in der Wirtschaft zu unterstützen. Was heißt das? Ich beteilige mich an den besten Unternehmen der Hohenloher Region. Ich kenne sie und weiß, wie gut sie sind. Die Unterschiede zu heute: Ich kann die Unternehmensanteile nicht wie Teppiche auf dem freien Markt handeln, und es gibt im besten Fall keine Dividende. Welchen Gewinn, welche Rendite, welchen Rückfluss hätte ich stattdessen aus meinen Beteiligungen an regionalen Gemeinwohl-Playern? Erstens Sinn – nicht das Unwichtigste im Leben –, zweitens Nutzwerte, denn wenn ich in Unternehmen investiere, die nicht primär Gewinn anstreben, dann habe ich vielleicht eine tolle Kinderbetreuung oder ein Generationenhaus oder Saatgut, dass mich unabhängig von Monsanto macht. Drittens Werte: Ich investiere mein Geld selbstverständlich nur in Unternehmen mit vorbildlicher Gemeinwohl-Bilanz.

Das klingt alles ein bisschen nach Wohlfühl-Revolution.

Fühlen Sie sich ungern wohl? Oder fühlen Sie sich gern unwohl?

Nein, ich finde Wohlfühlen super. Aber müssen Sie nicht ehrlicherweise sagen: Es gäbe auch Verlierer? Menschen, die in nicht so gemeinwohlorientierten Branchen arbeiten, müssten etwas abgeben?

Ich hielte es nicht für einen Verlust, wenn wir keine Waffenindustrie mehr hätten.

Ich denke da eher an den Tankstellenmitarbeiter, der nach Ihrer Definition wohl einen weniger gemeinwohlorientierten Job hat als sein Kollege im Bioladen. Oder an den Kohlekumpel. Oder den Banker.

Der Strukturwandel ist ein Phänomen, das nicht wir erfunden haben. Aber im Unterschied dazu, dass die Weltkonzerne die kleinen und mittelständischen Betriebe verdrängen und regionale Wirtschaften kaputt machen – was ein Strukturwandel ist, den ich schlecht heiße – würde in der Gemeinwohl-Ökonomie ein ethischer Strukturwandel stattfinden. Das heißt: Wenn jemand eine nachhaltigere Mobilitätslösung anbietet als das SUV, dann wirkt sich das zwar negativ auf die aus, die vom SUV gelebt haben. Aber dafür gibt es neue Arbeitsplätze, die erstens sinnvoller sind und zweitens nachhaltiger: unterm Strich ein Gewinn für die Gesellschaft.

> „Ich hielte es nicht für einen Verlust, wenn wir keine Waffenindustrie mehr hätten.

Kann ein einzelner Staat die Gemeinwohl-Ökonomie einführen, wenn alle anderen weiterwirtschaften wie bisher?

Das schließe ich aus. Es handelt sich um eine universale Idee, die von Beginn an auf internationale Resonanz stößt. Wir beobachten momentan Aktivitäten aus 45 Staaten – nach sechs Jahren Einsatz für die Gemeinwohl-Ökonomie. Das erste Gesetz zur Förderung von Gemeinwohl-Betrieben gibt es jetzt im spanischen Valencia.

Auch im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen baden-württembergischen Landesregierung taucht die Gemeinwohl-Ökonomie in einem Satz auf.

Ja, und das ist kein Lippenbekenntnis. Es wird jetzt ein Landesbetrieb gesucht, der eine Gemeinwohl-Bilanz ausweist. Die Stadt Stuttgart hat beschlossen, vier Kommunalbetriebe zu bilanzieren. Der Mannheimer Gemeinderat hat einen Beschluss gefasst, dass nächstes Jahr unter Gemeinwohl-Gesichtspunkten bilanziert wird. Viele Kommunen interessieren sich für den Weg zur Gemeinwohl-Gemeinde, Universitäten lehren und beforschen die GWÖ. Da ist eine echte Bewegung im Aufbau!

Und trotzdem, auf der gleichen Seite in besagtem Koalitionsvertrag heißt es: „Finanz- und Börsenplatz Baden-Württemberg stärken.“

Das ist ein Widerspruch. Ich bin aber schon froh, dass nicht wie bis vor Kurzem nur der Finanz- und Börsenplatz drin steht.

Ihr Optimismus ist bemerkenswert – wo Sie doch sicher alle Lobbyisten dieser Welt zum Feind haben!

Es gibt schon einige, die nicht begeistert sind, klar. Und es werden auch Ressourcen eingesetzt, um den Prozess zu bremsen. Aber gegen die besseren Argumente kann man nichts tun. Man kann zwar Mittel aufwenden, um Medienmacht zu kaufen oder um Politiker zu bestechen oder um demokratische Prozesse zu beeinflussen. Aber ich denke, es ist eine Frage der Zeit, bis sich das, was sich die große Mehrheit der Menschen wünscht, durchsetzt: Demokratie. Menschenrechte. Geschlechtergleichheit. Minderheitenschutz. Und eines Tages Gemeinwohl-Ökonomie.

Sie glauben also, dass die Welt in 50 Jahren eine bessere sein wird als heute?

Das kann ich nicht sicher sagen. Ich halte es auch für möglich, dass es eine schlechtere Welt sein wird. Wir haben zwar auf der einen Seite eine Abnahme an bewaffneten Konflikten, aber gleichzeitig eine klare Verschlechterung der Menschenrechtslage weltweit. Wir haben eine sich dramatisch verschlechternde ökologische Situation. Die Ungleichheit wächst und wächst. Und in den reichen Ländern leidet die psychische Gesundheit der Menschen. Wir haben mehr Angst und schlafen schlechter. Und die Reaktionen darauf sind nicht unbedingt die vernünftigsten: Pegida, Brexit, Trump. Alles ist möglich, die Zukunft ist offen. Es liegt schlussendlich an jedem Einzelnen, es mehr in die eine oder mehr in die andere Richtung zu treiben. Amen. (lacht)

Christian Felber im Gespräch mit HT-Redakteur Sebastian Unbehauen.

Der Gesprächspartner und seine Ideen

Christian Felber (44) stammt aus Salzburg und lebt heute als Autor und Universitätslektor in Wien. Er war Mitbegründer des österreichischen Ablegers der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac. 2010 initiierte er die internationale Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung, für die er bis heute als Vortragender um die Welt reist.

Sein Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ erschien 2010 im Deuticke-Verlag. Darin legt Felber detailliert dar, wie er sich die Wirtschaftsordnung der Zukunft vorstellt. Grundgedanke: Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger monetär gemessen, sondern unter Gemeinwohl-Gesichtspunkten. Unternehmen weisen eine Gemeinwohl-Bilanz aus. Sie versammelt Indikatoren wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette, ökologische Nachhaltigkeit oder innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz eines Unternehmens, so die Idee, desto mehr gesetzliche Vorteile genießt es. Viele Betriebe weisen schon heute freiwillig eine Gemeinwohl-Bilanz aus, etwa die Sparda-Bank München.

Felbers neuestes Buch heißt „Ethischer Welthandel – Alternativen zu TTIP, WTO & CO“ (Deuticke). Darin vertritt er die These, dass maximale internationale Arbeitsteilung genauso blind und verbohrt ist wie das Anstreben nationaler Autarkie.

Kürzlich hat die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung den „Zeit Wissen“-Nachhaltigkeitspreis gewonnen.

Auch in der Region gibt es Menschen, die sich für die Gemeinwohl-Ökonomie engagieren – in der Gruppe Schwäbisch Hall-Hohenlohe. Mit an Bord ist etwa Jörg Mast, erreichbar unter kajoer@freenet.de. *sebu*